

1 Der Euro kann nicht gerettet werden

Der Euro darf nicht gerettet werden

Von Hermann Patzak

Dem politisch interessierten Bundesbürger geht es wie jenem Gebrauchtwagenkäufer, dessen teuer gekauftes Gefährt bei einem Unfall schwer beschädigt wurde und der nun vor der Frage steht, ob es verschrotten oder reparieren soll. So jedenfalls lauten heute die gegensätzlichen Meinungen der „Gutachter-Experten“ im Falle des Euro, die der Bundesbürger zu lesen bekommt. Wir werden auf dieses Beispiel am Ende unserer Analyse zurückkommen. Doch wenden wir uns jetzt dem Euro und seinen verzweifelten Rettungsversuchen zu.

Der Euro war ein politisches Projekt¹, das den Beifall des internationalen Finanzkapitals fand, denn er schuf die Voraussetzungen, die Renditen in neue Dimensionen zu treiben. Mit jedem Rettungsversuch steigen die Kosten weiter an. Die Stimmen mehren sich, dass Griechenland nicht gerettet werden kann. Doch ist die Lage von Spanien, Italien oder Portugal besser? Die Ursachen ihrer Zahlungsschwierigkeiten sind die gleichen, auch die Methoden zur Rettung sind die gleichen! Wie kann das gut gehen?

Es ist der Euro selbst, der für die Schuldenkrise in Europa verantwortlich ist! Auch die Rettungsbemühungen scheitern an ihm! Seit Mai 2010 haben zahlreiche renommierte Ökonomeprofessoren in Deutschland dies begründet. Sie haben auch auf die Schäden hingewiesen, die der Euro den Deutschen und ihrer Volkswirtschaft zugefügt hat². Warum sie den Euro aber immer noch rechtfertigen, bleibt ihr Geheimnis.

Einer der schärfsten Kritiker ist Hans-Werner Sinn, der Präsident des IFO-Institutes München. Anlässlich des Zweiten Griechenland-Rettungspaketes hat er der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Interview³ gegeben, das wir zum Anlass nehmen, nicht nur die Rettungsversuche, sondern auch die Schäden noch einmal unter die Lupe zu nehmen, die der Euro insbesondere Deutschland zugefügt hat. Die Argumente von Hans-Werner Sinn sind nicht neu. Sie wurden auf dieser Weltnetzseite (www.hpatzak.de) seit über zwei Jahren immer wieder veröffentlicht. Doch sie müssen um weitere Argumente ergänzt werden, die von den etablierten Ökonomen und auch von Hans-Werner Sinn verschwiegen werden. Warum sie das tun, bleibt ebenfalls ein großes Geheimnis. Wir werden sie bei den weiteren Ausführungen an gegebener Stelle nennen.

1.1 Die Ursachen der Krise

Das Interview beginnt mit der Problematik der aktuellen Griechenland-Rettung. Im Mai 2010 war ein erstes Rettungspaket im Wert von 110 Mrd. Euro „geschnürt“ worden. Das zweite hat den Wert von 130 Mrd. Euro, wobei zusätzlich ein Gläubiger-Verzicht von 107 Mrd. Euro hinzu kommt. Hans-Werner Sinn wurde gefragt, ob er die Hoffnung habe, dass dies die letzte Zahlung für Griechenland sei. Seine Antwort war ein klares Nein!

¹ Einzelheiten hierzu siehe: www.hpatzak.de, Unterseite Grundlagen, „Exportüberschüsse, eine Strategie zur ökonomischen Ausbeutung Deutschlands, Teil 1 und Teil 4.“

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.06.2010 Seite 10.

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.02.2012 Seite 12.

In seiner Begründung **geht er auf die zentrale Ursache der Euro-Krise aber nur indirekt ein:** Er sagt, die Griechen haben keine Chance, im Euroraum wettbewerbsfähig zu werden! Sie müssten dazu ihre Preise um 31 Prozent senken. Dann hätten sie türkisches Niveau erreicht und könnten mit anderen Volkswirtschaften konkurrieren. Doch das ist leichter gesagt als getan, denn dann müssten auch alle Einkommen der Griechen in kürzester Zeit um 31 Prozent sinken. Aber was machen dann jene Griechen, deren Einkommen heute schon am Existenzminimum steht? Ein derart rigoroser Einschnitt lässt sich in einer Marktwirtschaft und Demokratie nicht per staatlichem Dekret verordnen! Es käme zu einer explosionsartigen und unkontrollierbaren Arbeitslosigkeit verbunden mit einem verheerenden Absturz des Volkseinkommens. Es liegt auf der Hand, dass ein „Gewaltakt“ dieser Art sich politisch nicht realisieren lässt. Folglich gibt es für Sinn in dieser Situation nur einen Ausweg:

Die Griechen müssen die Währungsunion verlassen, die notwendige Preis- und Kostensenkung würde dann durch die zwangsläufige Abwertung der griechischen Währung geschehen. Damit kommt es natürlich auch auf diesem Weg zu der notwendigen Einkommensenkung, doch diesen unvermeidbaren „harten Aufschlag auf den Boden der Realität“ könnte man nach Sinns Meinung mit den 130 Mrd. Euro des zweiten Rettungspaktes abfedern, was dann ein echter Solidaritätsbeweis gegenüber Griechenland wäre, der auch Erfolg verspräche.

Gegen diese Argumentation wird man wenig einzuwenden haben, doch Hans-Werner Sinn spricht die eigentliche Ursache der Eurokrise nicht an. Es ist der Euro selbst. Und deshalb kann er auch nicht gerettet werden! Um diese Behauptung nachvollziehen zu können, müssen wir ein wenig genauer hinschauen. Wir werden dann feststellen, dass die Schulden- und Euro-Krise durch das Zusammenwirken einiger Kräfte zustande kam, deren eigentliche Quelle die EU und der Euro waren. Am Beispiel Griechenlands kann man dieses Zusammenwirken sehr gut nachvollziehen:

Es waren zunächst einmal die griechischen Parteien, die an die Macht kommen wollten und ihren Wählern deshalb reichlich Wahlgeschenke versprochen. Die Geschenke lieferten die EU und der Euro. Identifikationsmerkmal der EU sind die Subventionen in Form von Nettozahlungen, sie flossen reichlich. Dadurch erhöhten sich die Einkommen in den Netto-Empfänger-Ländern, ohne dass es dazu besonderer Anstrengungen bedurfte. Die Euro-Länder konnten diesen Zuwachs durch Schuldenmachen noch einmal toppen. Nicht nur der Staat machte Schulden, auch die Privaten Haushalte und die Wirtschaftsunternehmen taten es. Die gemeinsame Währung – der Euro – ließ die Gläubiger glauben, die Schulden aller Euro-Länder wären genau so sicher wie die Staatsschulden Deutschlands. Auch die Schulden von Wirtschaftsunternehmen und Privaten Haushalten in den PIIGS-Staaten⁴ schienen durch die hohen Wachstumsraten dieser Länder gesichert. Zwar verweist Hans-Werner Sinn immer wieder einmal auf die Folgen der niedrigen Zinskosten, die der Euro brachte und die von den jetzt überschuldeten Euro-Staaten rigoros zum Schuldenmachen genutzt wurden, aber er scheut sich in letzter Konsequenz, die EU und den Euro als Ursache der Schulden- und Euro-Krise zu nennen!

Wenn wir unsere Erkenntnisse zusammenfassen, dann sehen wir, dass die Griechenland-Misere zwei Seiten hat: Die Einen nahmen mit offenen Händen, was die Anderen ihnen gerne gaben, um nicht zu sagen aufdrängten. Die Anderen, das waren die EU- und Euro-Dogmatiker. Sie gaben vor, von einer Vision geleitet zu sein, die da lautete: Frieden und Wohlstand für alle und für immer in einem integrierten Europa, das noch dazu seine

⁴ PIIGS: Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien.

Macht und Geltung in der Welt ausbauen könne! Und ihren Wählern, die das alles zahlen mussten, machten die Politiker weis, dass sie die eigentlichen Profiteure der Entwicklung wären. Die Deutschen glaubten das auch und glauben es heute immer noch, obwohl sie durch EU und Euro an Wohlstand und Einkommen im Vergleich zu allen anderen EU- und Euro-Ländern einbüßten, wie alle Statistiken (Entwicklung des Pro-Kopf Einkommens z.B.) verraten.

Heute ist es offensichtlich, dass die Visionäre zu weit gegangen sind. Doch sie sehen es auch heute noch nicht ein, dass sie es waren, die mit ihren maßlosen Subventionen (Nettozahlungen) und dem Euro den eigentlichen Anstoß zur Überschuldung und zur Euro-Krise gegeben haben. Sie wollen heute noch den Euro retten, koste es was es wolle. Sie wollen nicht einsehen, dass ihre Vision ein Trugbild war, das allen Europäern Nachteile gebracht und Schaden zugefügt hat. Jetzt, in der Krise, bekommen es auch die anfangs begünstigten Staaten, vor allem die PIIGS-Staaten zu spüren. Ihre einst hohen Wachstumsraten sind eingebrochen, ihr Volkseinkommen sinkt. Jetzt werden die Deutschen, die schon als Nutznießer der Exportüberschüsse und als Nutznießer der EU und des Euro betitelt wurden, auch noch als Nutznießer der Krise bezeichnet, diesmal, weil sie mit der Krise leichter fertig werden. Dass dies kein großes Kunststück ist, weil sie sich auch nicht so hoch verschuldet hatten, will niemand wahr haben. Die niedrigen Wachstumsraten der Krisenjahre werden jetzt zum Anlass genommen, die Deutschen zur Kasse zu bitten, weil sie vorher die überschuldeten Euro-Länder mit ihren Exporten dazu verführt hatten, mehr auszugeben, als sie bezahlen konnten.

Die eigentlichen Nutznießer – vor der Krise und in der Krise – werden nur von den Außenseitern am linken und rechten Rand der Gesellschaft genannt. Es ist das Internationale Finanzkapital! Es vagabundiert über den ganzen Erdball, es kennt kein Vaterland und keine Nation, es lässt sich überall nieder, wo es die Rendite steigern kann. Jetzt, da es Verluste einstecken muss, kungelt es mit den „Visionären“ der Politik unter dem **gemeinsamen Motto „Euro-Rettung“** zusammen. Die Schulden zahlen und den Euro retten sollen die Steuerbürger jener europäischen Länder, die dazu noch in der Lage sind. Doch zahlen werden auch die EU- und Euro-Bürger, die in den Anfangsjahren von der Scheinblüte der hohen Wachstumsraten und der Wohlstandes so sehr profitiert haben. Sie werden empfindliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Griechenland ist der Musterfall, den die „Partner“ aus Politik und Finanzkapital auf Portugal, Spanien und Italien übertragen werden.

Wer meint, dass diese Ausführungen doch stark übertrieben seien, der wird ihnen vielleicht mehr Glauben schenken, wenn er erfährt, dass Hans-Werner Sinn es nicht anders sieht. Als das Interview über die Griechenland-Frage hinaus auf die anderen überschuldeten Euro-Länder zu sprechen kam, wurde er auch gefragt, wie groß seiner Meinung nach die Ansteckungsgefahr für Portugal und die anderen gefährdeten Euro-Länder sei. Er antwortete: *„Die ist vorhanden. Aber sie wird von den Gläubigern an der Wall Street, in London und Paris instrumentalisiert. Sie sagen: Wenn ihr Griechenland nicht rettet, bricht die Welt zusammen. In Wahrheit bricht ihr Vermögensportfolio zusammen, nicht die Welt.“*

1.2 Die Folgen einer Wiedereinführung der Drachme

Im zweiten Themenkomplex befasst sich das Interview mit den Folgen, den die Wiedereinführung der Drachme für Griechenland und die verbleibenden Euro-Länder hätte. Da über diese Folgen viele vage Horrorszenarien verbreitet worden sind, ist es interessant, die konkreten Aussagen Hans-Werner Sinns zu erfahren.

Er sagt, dass es zu einem Run auf die Banken in Griechenland käme und fände es zweckmäßiger, die 130 Mrd. Euro des zweiten Griechenland-Rettungspaketes für die Bankenrettung zu verwenden als für den jetzigen nutzlosen Rettungsversuch. Die Einführung der Drachme hätte den Vorteil, dass die Bankschulden der griechischen Unternehmen bei ihren griechischen Banken unverändert blieben, weshalb es nicht zu einem Massensterben griechischer Firmen käme. Die Schulden im Ausland lassen sich seiner Meinung nach ohne größere Probleme ebenfalls in Drachme-Schulden umwandeln, was natürlich bei den Gläubigern zu entsprechenden Verlusten führen würde. Aber die Gläubiger müssen auch jetzt schon (im zweiten Rettungspaket für Griechenland) in Höhe von 107 Mrd. Euro auf ihre Forderungen verzichten.

Sinn ist der Ansicht, dass die Wiedereinführung der Drachme auch für die Gläubiger Griechenlands vorteilhafter wäre, doch hofften diese, „*dass der deutsche Steuerzahler einen größeren Teil der Rechnung übernimmt, wenn die Griechen im Euro bleiben*“. Er nennt das „*unehrliches Kalkül auf dem Rücken der griechischen Bevölkerung*“. Natürlich hat er Recht, doch er vergisst zu sagen, dass dies gegenüber der deutschen Bevölkerung genau so unehrlich ist.

Auf die Frage, ob der politische Wille zum Austritt Griechenlands gewachsen sei, sagte er, dass Griechenland sofort austreten würde, wenn es keinen Zugang zu den Rettungspaketten und zur Druckerpresse hätten. Mit Druckerpresse meint er die Target-Kredite⁵ der nationalen Notenbanken innerhalb der Euro-Union. Allein die Deutsche Bundesbank hatte bis Januar 2012 bereits 500 Mrd. an die Notenbanken der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Euro-Länder gewährt, weil diese von den Geschäftsbanken der global kapitalistischen Welt keine Kredite mehr bekommen.⁶ Diese Notenbank-Kredite bewirken eine direkte Vermehrung der Geldmenge, mit denen die in Zahlungsnot gekommenen Volkswirtschaften weiterhin im Ausland einkaufen können wie zuvor.

1.3 Die Haftung und die Kosten für Deutschland

Die Behauptung der Bundesregierung, dass Deutschland bisher nur in Höhe von 211 Mrd. Euro im Rahmen der bisherigen Rettungsaktionen hafte, stellt Hans-Werner Sinn richtig. Er verweist auf die Anmerkungen im Kleingedruckten, die eine 20 prozentige Erhöhung einräumen, hinzu kommen die Beteiligungen Deutschlands an den EZB- und IWF-Krediten und den möglichen Ausfall weiterer Euro-Länder als Gläubiger (Italien, Spanien). Er kommt auf eine Gesamthaftung Deutschlands von 643 Mrd. Euro. Das ist rund dreimal so viel wie die Politiker verbreiten.

Die Behauptung, die Rettungen hätten Deutschland bisher noch kein Geld gekostet, weist Sinn zurück, indem er auf die entgangenen Gewinne verweist, die durch die niedrigen Kreditzinsen (Vorzugszinsen) entstehen, die den überschuldeten Euro-Ländern gewährt werden. Diese Verluste lassen sich durchaus quantifizieren, wenn man als Maßstab die Risikoausfallversicherungen heranzieht, die für die Kredite der gefährdeten Länder am Markt bezahlt werden müssen. Mit den sog. Eurobonds, die von überschuldeten Ländern, aber auch von einigen Politikern und Ökonomen in Deutschland gefordert werden,

⁵ Target-Kredite sind Kredite zwischen den Notenbanken der Euro-Länder. Sie entstehen dadurch, dass die Notenbanken der Handelsbilanz-Defizitländer den Importeuren ihres Landes Kredite gewähren, die sie über das Zahlungsausgleichssystem der EZB bei den Notenbanken der Exportüberschussländer, also z.B. der Deutschen Bundesbank abladen.

⁶ Einzelheiten hierzu siehe: „Das Euro-Regime und die Target-Kredite, ein Konstruktionsfehler mit bösen Folgen“ vom 12.02.2012, in www.hpatzak.de, Unterseite Analysen.

müsste Deutschland mit einem Zinsaufschlag von 2,3 Prozent rechnen, was die Steuerzahler jährlich 50 Mrd. Euro kosten würde.

1.4 Die Deutschen seien die Krisengewinner

Schließlich wurde Hans-Werner Sinn mit der Frage konfrontiert, ob Deutschland sich die Rettung Griechenlands nicht schon deshalb mehr kosten lassen müsse, weil es der größte Euro-Profiteur und jetzt der größte Krisengewinner sei?

Sinn räumte ein, dass Deutschland seit zwei Jahren schneller als der Durchschnitt der Euro-Länder wachse: „*Wir profitieren davon, dass sich das deutsche Sparkapital nicht mehr aus dem Land traut und eine sichere Anlage im Inland sucht*“. Er sagte aber auch, dass wir vor 2008 die niedrigste Investitionsquote der OECD hatten und „*die rote Laterne beim Wachstum trugen*“ weil zwei Drittel der Ersparnisse ins Ausland gingen.

Natürlich ist es gut, wenn einer der angesehensten deutschen Ökonomen diese Fakten nennt, doch er muss sich die Frage gefallen lassen, warum er das nicht schon damals sagte, als Deutschland infolge des Euro in die Armutsfalle gestoßen wurde. Auf den Euro wäre von Anfang an ein schwerer Schatten gefallen und der Absturz der vielen Deutschen in die „Hartz IV Armut“ – heute als glorreiche Maßnahme der Schröder-Regierung gepriesen – wäre von Anfang an mit dem Euro in Verbindung gebracht worden. Hatten Hans-Werner Sinn und die anderen Ökonomen, die diesen Ursache – Wirkungs - Zusammenhang heute herausstellen, diesen Bezug damals noch nicht erkannt?

Unabhängig von den hierauf möglichen Antworten verrät die Dialektik der Fragestellung eine Denkweise, mit der die tatsächliche Entwicklung und damit die Fakten auf den Kopf gestellt werden: Im volkswirtschaftlichen Normalfall werden die Ersparnisse eines Landes für Investitionen in diesem Land verwendet. Diesen normalen Ablauf hat der Euro verhindert, indem er die Ersparnisse der Deutschen in die Euro-Randstaaten mit geringer Produktivität gelockt hat, die dort ein künstliches (unnatürliches) Wachstum erzeugten, das in der Krise jäh zusammenbrach. Infolge dieser Fehllenkung der Ersparnisse und dem damit verbundenen Investitionsfluss ins Ausland, ist es in Deutschland zu einem Einbruch des Wirtschaftswachstums gekommen. Da diese Fehllenkung seit dem Jahr 2008 nun nicht mehr stattfindet, die Ersparnisse und damit die Investitionen im Land bleiben, ist es in Deutschland trotz der Krise wieder zu vergleichsweise moderaten Wachstumsraten (auf niedrigem Niveau) gekommen. Diese Rückkehr zur Normalität zum Anlass zu nehmen, Deutschland als Krisengewinner zu bezeichnen, zeigt die ganze Verdorbenheit des politischen Denkens, von dem offensichtlich auch die Interviewer der FAZ: Holger Steltzner (Mitherausgeber) und Heike Göbel (Chefredakteurin Wirtschaft) infiziert sind.

1.5 Steigende Beschäftigung und sinkende Einkommen

Die deutschen Medien melden beides und niemandem will dieser Gegensatz auffallen? Niemand fragt, wie diese gegenläufige Entwicklung zustande kommen kann? Die Altersarmut – die man längst besiegt glaubte – wächst. Immer mehr Deutsche rutschen unter die Grenze des Existenzminimums, Junge, Alte, Rentner. Und niemand scheint bemerkt zu haben, dass ganze Entwicklung mit dem Einzug des Euro begonnen hat? Ist das nicht seltsam? Auch aus der anwachsenden Gruppe der Euro-kritischen Ökonomen – für die Hans-Werner Sinn repräsentativ ist – hat es bisher keiner gewagt, auf diese Fakten hinzuweisen! Deshalb müssen wir den kausalen Zusammenhang zwischen Euro und dem

stetigen Abstieg der Deutschen in der Skala des Pro-Kopf Einkommens der europäischen Länder darlegen.⁷

Wir beginnen dabei zweckmäßiger Weise mit der **Legende von den Exportüberschüssen**. Seit über 60 Jahre exportieren die Deutschen mehr als sie importieren und man erzählt ihnen, das sei für sie von großem Vorteil, weil sie dem Export Arbeit und Einkommen verdanken. Doch die Erfinder dieser Legende haben „unter der Hand“ die Begriffe Exporte und Exportüberschüsse vertauscht. Was für Exporte gilt, gilt noch lange nicht für Exportüberschüsse – zumindest wenn sie so lange anhalten wie die deutschen: Es wird dabei ein Teil der im Inland produzierten Güter exportiert, denen keine Importgüter in gleichem Wert als Gegenleistung gegenüberstehen. Volkswirtschaftlich gesehen ist das Konsumverzicht, man kann es auch Zwangssparen nennen. Genauso gut könnte man die Menschen Löcher graben und wieder zuschütten lassen und ihnen dafür Geld geben. Auf diese Weise entstehen genau so viele Konsumgüter, die im Inland verwendet werden können: nämlich gar keine. Die Exportüberschüsse machen die Deutschen nicht reicher!

Nun sagen die Legendenerzähler, dass man auch für die Exportüberschüsse Geld bekomme, für das man ja Vermögensansprüche (Forderungen) gegenüber dem Ausland habe. Doch diese Forderungen wurden 60 Jahre lang nicht realisiert! Sie können im Prinzip nur dadurch realisiert werden, dass man im Ausland mehr Güter und Leistungen einkauft als man an das Ausland abgibt. Vor der Einführung des Euro hatten die Exportüberschüsse wenigstens einen Vorteil, sie ließen den **Außenwert der DM ansteigen**, wodurch die Importe billiger wurden. Mit der Einführung des Euro war es auch damit vorbei. Der Außenwert des Euro stürzte zunächst – nach seiner Einführung – sofort ab. Die nach wie vor anhaltenden Exportüberschüsse Deutschlands konnten das nicht verhindern, sie wurden durch die Importüberschüsse der übrigen Euro-Länder an die „Nicht-Euro-Länder“ überkompensiert! Die Entwicklung der Devisenkurse vor und nach der Einführung des Euro belegen dies anschaulich:

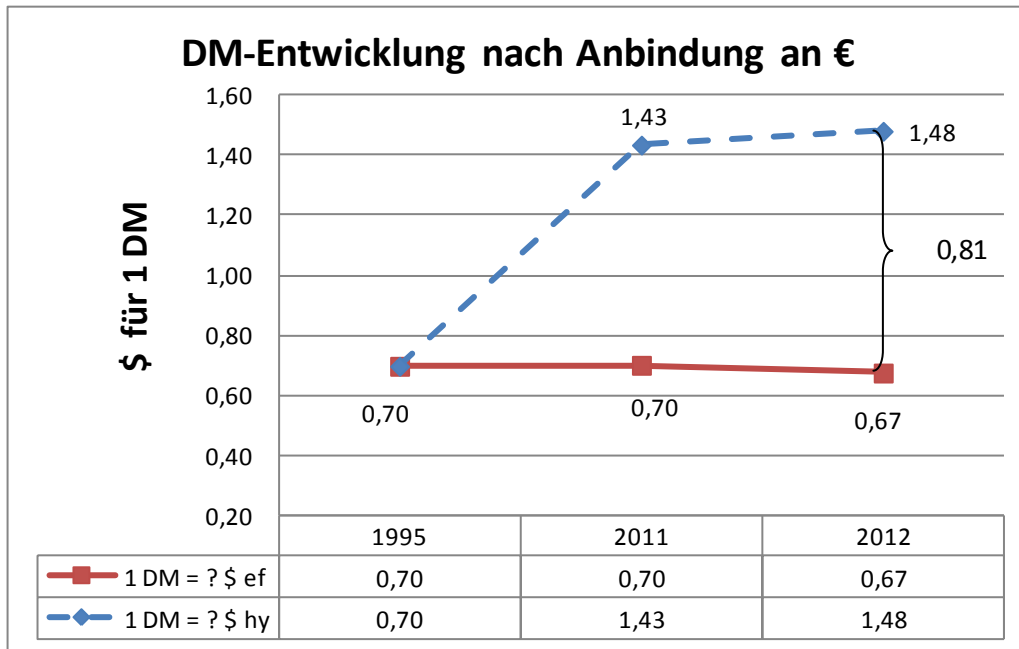
Im Jahr 1995 hatte die DM gegenüber dem US-Dollar ihren Höchststand erreicht. Ein US-Dollar war im Laufe der Zeit von einstmals 1 US-Dollar = 4,20 DM (1953) auf **1,43 DM** gefallen oder in der reziproken Schreibweise: 1 DM hatte den Wert, ausgehend von 0,234 auf 0,70 US-Dollar erklommen⁸. Da 1995 aber bereits das Ende der DM und ihre Auflösung im Euro vorprogrammiert war, sank ihr Wert in den Jahren 1996 – 1998 wieder auf 1,76 DM je US-Dollar (eine DM hatte nur noch den Wert von 0,57 US-Dollar). Der im Jahr 1999 offiziell eingeführte Euro mit dem Außenwert von 1 Euro = 1,16 US-Dollar stürzte sofort auf 0,90 US-Dollar ab. Dadurch sank auch die an den Euro (im Verhältnis 1: 1,965) gefesselte DM auf = 0,46 US-Dollar (je 1 DM), das war ein Wert, den die DM schon 1977 erreicht hatte. Die Erkenntnis ist eindeutig: Der Euro hat den „Höhenflug“ der DM in einen „Sturzflug“ verwandelt.

Dieser Absturz des Außenwertes des Euro blieb nicht folgenlos. Der Außenwert der DM war stetig angestiegen: Von 1968 bis 1995, in 27 Jahren, von 1 DM = 0,25 US-Dollar auf 0,70 US-Dollar, also um 178 Prozent, also pro Jahr um 6,6 Prozent. Jetzt, nach der Einführung des Euro, mussten die Deutschen für alle notwendigen Importe steigende Importpreise bezahlen. Und das nicht nur deshalb, weil die Preise dieser Güter ohnehin anstiegen, sondern vor allem deshalb, weil die in US-Dollar gehandelten Produkte (insbe-

⁷ Ausführlich siehe hierzu: „Exportwahn, eine Strategie zur Ausbeutung Deutschlands“, Teil 5 und 6 auf der Weltnetzseite: www.hpatzak.de Unterseite „Grundprobleme“.

⁸ http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php WJ5009_FLAGS.

sondere Rohstoffe) mit Euro bezahlt werden mussten und der Euro-Außenwert nicht mehr anstieg, sondern unmittelbar nach seiner Einführung, von 1999 bis 2001 sogar um 23 Prozent, von 1,16 auf 0,90 US-Dollar einbrach. Wie sich der Außenwert der an den Euro gebundenen DM nach 1995 entwickelte, zeigt die nachstehende Graphik. Wir stellen ihr in einer zweiten Linie die Entwicklung gegenüber, welche die DM genommen hätte, wenn ihre Wirkungskraft nicht durch den Euro abgewürgt worden wäre:



Im unteren Bereich listet die Tabelle die Zahlen auf, die in den beiden Kurven veranschaulicht werden. Die zweite Zeile zeigt, wie sich der Außenwert 1 DM unter dem Euro-Regime in den Jahren 1995, 2011 und 2012 entwickelt hat. Er ist annähernd konstant geblieben. Die untere Linie des Diagramms veranschaulicht diese (konstante) Entwicklung der an den Euro gebundenen DM. Ihre Werte errechnen sich aus dem Euro-Dollar Kurs. Ende Februar 2012 hatte 1 Euro den Wert von 1,32 US-Dollar. Dividiert man ihn durch 1,956 (das Umtauschverhältnis von Euro und DM), so erhält man den effektiven DM-Wert von 0,70 US-Dollar (in den Jahren 1995 und 2011). Er ist in den 17 Jahren von 1995 bis 2012 in etwa (von Schwankungen abgesehen) gleich geblieben, Ende 2012 war er mit 0,67 US-Dollar sogar niedriger als 1995!

Die dritte (unterste) Zeile der Tabelle zeigt auf, wie sich der Außenwert der DM ohne die Fesselung durch den Euro entwickelt hätte. Er steigt von 0,70 über 1,43 bis 1,48 US-Dollar je DM. Die Entwicklung wird durch die obere (gestrichelte) Linie im Diagramm veranschaulicht. Zu Beginn des Jahres 2012 beträgt die Differenz 0,81 US-Dollar oder 119 Prozent. Formuliert man diese Differenz als **Faktor**, so erhalten wir den Wert **2,19**. Er besagt, dass die DM Ende Februar 2012 einen mehr als doppelt so hohen Außenwert hätte, wenn es sie als freie Währung noch gäbe!

Diese Divergenz zwischen effektivem Euro-Wert dem durch die Exportüberschüsse im Prinzip erreichbaren DM-Wert blieb nicht ohne Folgen für die Deutschen: Seit Einführung des Euro mussten sie für die notwendigen Importgüter, vor allem für Rohstoffe und Energie, in stetig anwachsendem Maß immer mehr zahlen. Im Jahr 2012 zahlen sie nun mehr als das Doppelte. An zwei Beispielen, dem Benzinpreis und dem Heizölpreis, soll dies für jedermann nachvollziehbar demonstriert werden:

Im Februar 2012 kostete 1 Liter Superbenzin 1,65 Euro und 100 Liter Heizöl 100,28 Euro in Deutschland. Die nachstehende Tabelle zeigt, was wir bezahlen müssten, wenn es die DM noch als freie Währung gäbe:

Produkt	Preis in €	DM - €	DM-Preis	MehrpPreis	€ - DM
Super 1 L	1,65	3,23	1,47	119%	0,75
Heizöl 100 L.	100,28	196,13	89,38	119%	45,70

Die Erklärung zur Berechnung der Werte anhand der Zahlen in Zeile 1:

In der Spalte 3 mit der Überschrift DM-Euro errechnet sich der Wert aus $1,65 * 1,956$ DM. Es ist also der Preis für 1 Liter Superbenzin, wenn wir ihn in der durch den Euro geschädigten DM bezahlen würden. Der DM-Preis in der 4. Spalte ist der DM-Preis, wenn die DM entsprechend der deutschen Exportüberschüsse ihren Wert gesteigert hätte, wie das vor Euro-Einführung geschehen ist. Er errechnet sich mit 3,23 DM dividiert durch den oben erwähnten Faktor 2,19, der besagt das die freie DM 2,19 mal so viel wert wäre, wenn sie vom Euro nicht ausgeschaltet worden wäre. Die Spalte Mehrpreis besagt, dass wir unter dem Euro Regime heute um 119 Prozent mehr bezahlen als wir mit eigener DM-Währung bezahlen müssten. Die letzte Spalte weist den hypothetischen Euro-Preis aus, der dem Preis von 1,47 DM entspricht. Es ist weniger als die Hälfte des Preises, den wir heute – unter dem Euro-Regime – zahlen müssen.

1.6 Hat die Wissenschaft versagt?

Oder waren es ihre dem politischen Zeitgeist dienstbaren Repräsentanten?

Es geht natürlich um die Wirtschaftswissenschaften. Die Fakten sind erdrückend: Die Aufgabe der DM hat die Deutschen ärmer gemacht, das steht völlig außer Frage. Nicht nur die Haushalte haben deswegen wesentlich höhere Konsumausgaben, auch die Unternehmen müssen für die notwendigen Importe mehr als das Doppelte bezahlen. Die deutsche Volkswirtschaft ist auf Importe angewiesen, insbesondere die Exportindustrie. Sie hat ihren Importanteil an der eigenen Wertschöpfung in den Jahren 1991 bis 2002 von 26,7 Prozent auf 38,8 Prozent erhöht⁹ und die Quote dürfte seitdem noch weiter angestiegen sein. Es war der heute wohl prominenteste Kritiker der Euro-Rettungspakete, Hans-Werner Sinn, der in seinem 2005 erschienen Buch „Die Basarökonomie“ auf diesen ständig wachsenden Importanteil hingewiesen hat. Doch nicht einmal er verweist auf die folgeschwere Verteuerung der Importe. Auch die deutschen Wirtschaftsprofessoren, die den Euro von Anfang an ablehnten, hat auf den Euro als Ursache der Verarmung in Deutschland hingewiesen! Dabei gehört die Art und Weise ihres Zustandekommens zum Standard-Repertoire ihrer Vorlesungen und Lehrbücher. Unter dem Namen „Terms of Trade“ (Austauschverhältnis von Export- und Importgütern) ist es seit gut 200 Jahren zentraler Baustein volkswirtschaftlichen Wissens. Wenn sich dieses Austauschverhältnis für ein Land verbessert, erhöht es den Lebensstandard, weil man weniger Güter exportieren muss, um die notwendigen Importe dafür einzutauschen. Im umgekehrten Fall mindert sich der Wohlstand. Dieser Fall traf die Deutschen, weil ihre Politiker sich den Euro haben aufschwätzen zu lassen. Zum Nachteil des Volkes, dessen Wohl zu mehren, sie alle geschworen haben.

Dass der Euro die „Terms of Trade“ verschlechtern würde, hätte eigentlich jeder Ökonomie-Professor wissen müssen. Doch keiner hat die Politiker darauf aufmerksam gemacht und keiner das Volk aufgeklärt! Dabei hätte jedem klar sein müssen, dass eine

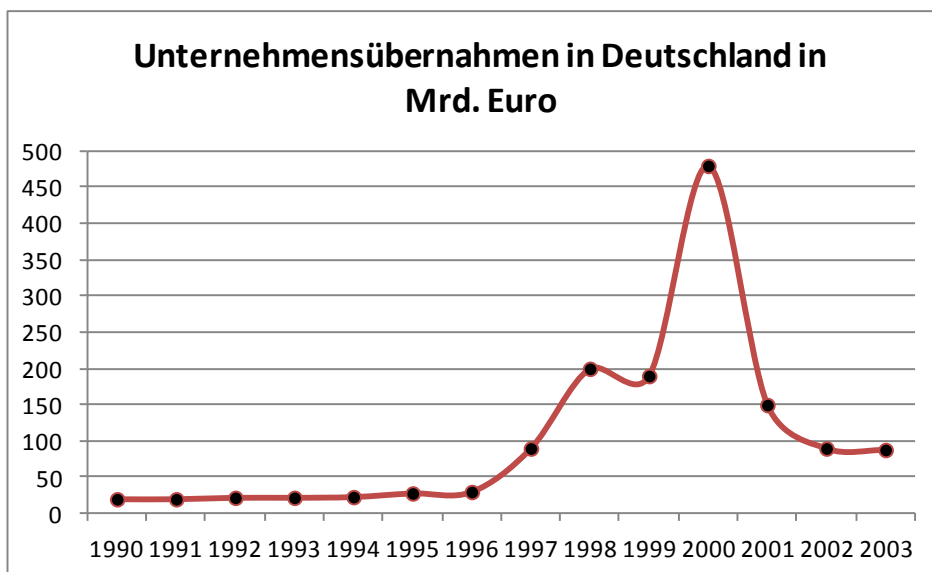
⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Basar%C3%B6konomie#Begr.C3.BCndung_und_Rezeption

gemeinsame Währung nur so stark sein kann, wie die durchschnittliche Leistungsfähigkeit aller Volkswirtschaften der Währungsgemeinschaft zusammen. Genau so klar war es, dass sich gerade die weniger leistungsfähigen Volkswirtschaften zur der „Futterkrippe“, der Währungsgemeinschaft drängen würden. So geschah es dann auch, der Vorteile wegen, die sie erwarteten – und die sie auch bekamen.

Damit kommen wir zur zweiten Seite der Medaille: Die in der Produktivität „nachhinkenden“ europäischen Volkswirtschaften verbesserten ihre Terms of Trade durch die gemeinsame Euro-Währung. Ihr signifikantes und gemeinsames Merkmal war zuvor die hohe Staatsverschuldung, die sie mit direkter Geldvermehrung aus der Notenpresse finanzierten. Die daraus resultierende Inflation hatte zwangsläufig auch immer zu einer Abwertung des Außenwertes ihrer Währung geführt, wodurch sich ihre Terms of Trade ständig verschlechtert hatten. Mit dem Euro-Beitritt war dies vorbei, mit dem Euro hatten sie das „große Los gezogen“. Dessen Außenwert blieb konstant, mit Ausnahme der den ersten drei Jahre (1999 – 2001), in denen er abstürzte. Die Importpreise verteuerten sich für diese Länder nicht mehr, wie zuvor. Und sie nützten diese Situation weidlich aus und kauften mehr, als sie sich leisten konnten. Den Kredit zur Bezahlung bekamen sie ja – worauf wir schon hingewiesen haben – von der internationalen Finanzindustrie. Dazu zählen insbesondere auch die Banken in Deutschland!

Die Verbesserung der Terms of Trade im grenzüberschreitenden Warenverkehr war aber nicht der einzige Vorteil für sie. Sie konnten nicht nur die deutschen Güter zu günstigen Preisen importieren, weil sich der Außenwert ihrer Währung nicht mehr verschlechterte, sie konnten jetzt auch deutsche Unternehmen billiger aufkaufen. Das galt natürlich erst recht für alle Nicht-Euroländer, wie die USA und England. Der Euro verbilligte die Vermögenswerte und damit den Kaufpreis der deutschen Unternehmen, während umgekehrt der Kauf ausländischer Unternehmen für die deutsche Wirtschaft sich verteuerte.

Unmittelbar nach der Einführung des Euro begannen die Aufkauforgien in Deutschland, die von den deutschen Medien auch noch lebhaft begrüßt wurden. Sie wollten darin einen Beweis für die Leistungsfähigkeit deutscher Unternehmen erkennen. Welches Ausmaß dies Aufkäufe deutscher Unternehmen in den ersten Jahren nach Einführung des Euro erreichten, veranschaulicht die nachfolgende Graphik¹⁰:



¹⁰ Zahlen aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.12.2003.

Einige der spektakulärsten Aufkäufe, die jedermann in Erinnerung geblieben sind, waren: die Mannesmann AG, die Höchst AG, die Hypo-Vereinsbank oder erst kürzlich (im Jahr 2011) die Hoch-Tief AG.

Am Beispiel der Mannesmann AG wollen wir veranschaulichen, warum diese Aufkäufe so plötzlich in die Höhe schnellten: Ursache war die unvorstellbare Größenordnung, mit der sich die deutschen Unternehmenswerte durch den Euro verbilligten. Das Unternehmen Mannesmann ging im Jahr 2000 für 320 Mrd. Euro „über den Ladentisch“. Hätte der englische Konzern „Vodafone“ den wirklichen DM-Kurs und nicht den vom Euro-Kurs verfälschten zahlen müssen, dann wäre der Kaufpreis um 128 Prozent höher gewesen und hätte 730 Mrd. DM betragen.¹¹ Abgesehen davon, dass der Kauf zu diesem Preis sich für Vodafone nicht rentiert hätte, wäre dieser Preis auch für den englischen Weltkonzern unerschwinglich gewesen.

1.7 Warum der Euro nicht gerettet werden kann und darf

Nachdem wir uns über die Motive der Euro - Einführung, die von ihm angerichteten Schäden und die vergeblichen Rettungsversuche Klarheit verschafft haben, können wir wieder auf das Eingangsbeispiel mit dem unfallgeschädigten Gebrauchtwagen zurückkommen: Unser Kraftfahrzeug hatte beim Kauf bereits einen irreparablen Motor- und Getriebeschaden. Beim Kauf war er unentdeckt geblieben, doch nach dem Unfall hatte ihn ein zu Rate gezogener Sachverständiger entdeckt. Ähnlich verhält es sich mit dem Euro. Wir wissen heute, dass die Einführung des Euro ein Missgriff war. Beim Kauf des Gebrauchtwagens hätten wir den Missgriff vermeiden können, wenn wir einen Gutachter zu Rate gezogen hätten. Die Gutachter waren im Falle der Euro-Einführung die Ökonomen. Sie waren von Anfang an mit der gesamten Euro-Problematik befasst und haben „grünes Licht“ für die Durchführbarkeit signalisiert. Die wenigen Ökonomen, die sich von Anfang an gegen den Euro aussprachen, haben marginale geldpolitische Schwächen kritisiert, nicht aber die fundamentalen Einkommensumverteilungen, die Deutschland und damit ganz Europa schwächen würden.

Es ging alles gut, bis die Weltfinanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise die verdeckten Schäden aufzeigten, die der Euro in ganz Europa angerichtet hat. Sie war die Chance für eine Remedur und einen Neuanfang. Doch die Politik will den Euro immer noch retten, koste es, was es wolle. Und wieder boten sich dienstbare Ökonomen dazu an: Das Personal wurde ausgetauscht: die „Issings“ und „Starks“¹² wurden von den „Draghis“ und „Praets“¹³ ersetzt. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Geldmenge seit Mitte Dezember 2011 innerhalb von 4 Wochen um 1 Billion Euro erhöht. Doch diese Geldspritzen können nur kurzfristige Entlastungen bringen. Sie erfüllen zwar den Zweck, einige Banken der südlichen Euro-Länder zu retten, sie stellen aber auch der gesamten Finanzindustrie die Finanzmittel für Spekulationszwecke zur Verfügung. Die Preisanstiege auf den Rohstoff-, Vermögens- und Aktienmärkten signalisieren die „katastrophalen Erfolge“ der Rettungsbemühungen.

Die Ursache für das Auseinanderdriften der Produktivitäten in den Euro-Ländern, wird damit nicht behoben, denn es ist der Euro selbst. Er hat die Wettbewerbsunter-

¹¹ Einzelheiten siehe hierzu: Exportüberschüsse, eine Strategie zur ökonomischen Ausbeutung Deutschlands, Teil 6 in www.hpatzak.de, Unterseite „Grundprobleme“ vom 28.01.2012.

¹² Die ehemaligen deutschen Chefökonomien der EZB.

¹³ Mario Draghi, EZB-Präsident aus Italien und Peter Praet, Chefvolkswirt aus Belgien.

schiede zwischen den Euro-Ländern größer statt kleiner gemacht. Wer ihn rettet, sorgt dafür, dass die Produktivitätsunterschiede weiter ansteigen. Diese stetig anwachsende Kluft kann Deutschland auf Dauer nicht alimentieren! Das aber war die Absicht des politischen Projektes Euro: die wirtschaftliche Kraft Deutschlands sollte auf „die Mühlen anderer Staaten gelenkt“ und dadurch geschwächt werden! In der Phase 1 ist das gelungen. Doch die europäischen Nutznießer des Projektes haben den „Goldregen“ nicht investiert, sondern verkonsumiert. **Der Euro hat das Auseinanderklaffen der Produktivitäten gesteigert und wird das auch künftig tun, er kann deshalb gar nicht gerettet werden!**

Der Euro darf auch nicht gerettet werden, insbesondere nicht von den Deutschen, denn er hat die Deutschen von Anfang ärmer gemacht und die deutsche Wirtschaftskraft erheblich geschwächt. Jetzt erst, da die ursprüngliche und weithin „**unsichtbare**“ **Transferunion**, bei der **Einkommen und Vermögen transferiert** wurden, eine **zweite Transferunion** notwendig gemacht hat, bei der auch noch **die Schulden transferiert** werden sollen, beginnt sich auch der Widerstand in Deutschland gegen Euro bemerkbar zu machen. Bei dem zweiten Transfer werden nämlich die transferierten Kosten ganz konkret in dreistelliger Milliardenhöhe benannt, jetzt haben die Menschen konkrete Vorstellungen von den Belastungen, die ihnen die Politiker zumuten!

Vorher, als die Einkommen (in weit größerer Höhe) transferiert wurden, haben die meisten Deutschen das nicht gemerkt oder sie haben ihre Verarmung als gottgegeben hingenommen. Niemand hat ihnen gesagt, dass sie die Entwicklung dem durch EU und Euro ausgelösten Einkommenstransfer verdanken. Ihnen ist kein Vorwurf zu machen, haben doch jene Eliten der Gesellschaft, die es hätten wissen müssen – die Ökonomen – „ihr Geheimnis“ für sich behalten. So haben die Deutschen auch ohne aufzumucken hingenommen, als man ihnen einredete, sie seien die größten Profiteure des Euro. Auch einer weiteren Elite haben die Deutschen bisher vertraut: den Meinungsmachern in den Medien. Sie halten sich durch ihre vermeintlich „freien Medien“ für bestens informiert. Doch in Wirklichkeit sind sie durch die Wirkungskräfte aus Politik, Medien und Gesellschaftswissenschaften im geistig mentalen Bereich in einer Weise verarmt, wie es die Generationen zuvor nie waren. Sie registrieren gar nicht mehr, dass die angebliche Meinungsvielfalt auf die Vorgaben der westlichen Wertegemeinschaft zusammenschmilzt, die alle vom Konsenskern abweichenden Meinungen mit diktatorischer Intoleranz verfolgt.

Das geflügelte Wort „Armes Deutschland“ ist heute im wahrsten Sinne des Wortes angebrachter denn je.